

20. August 2012

67/12

Pressedienst

Studie der Universität Hamburg:

Deutsche befürworten weiterhin EU-Finanzhilfe an Krisenländer – außer für Griechenland

Mehr als die Hälfte der Deutschen unterstützt Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union (EU) und der deutschen Bundesregierung für gegenwärtige und mögliche zukünftige EU-Krisenländer. Das ist das Ergebnis einer Umfragestudie, die jetzt von Holger Lengfeld, Professor für Makrosoziologie der Universität Hamburg, vorgestellt wurde. Nur Griechenland soll nach Meinung der Mehrheit keine Unterstützung mehr erhalten. Zwei Drittel der Deutschen sprechen sich gegen weitere finanzielle Unterstützung für die Hellenen aus, halten es aber für richtig, Portugal und Irland mit finanzieller Hilfe unter die Arme zu greifen. 56 Prozent der Befragten würden auch Italien und 62 Prozent Spanien helfen, wenn die Länder wegen hoher Verschuldung zukünftig Hilfsmittel der EU in Anspruch nehmen sollten.

Die Soziologinnen und Soziologen haben auch nach der generellen Hilfebereitschaft für EU-Krisenländer gefragt, ohne Angabe des konkreten Landes, das Hilfe benötigen würde. Diese Angaben wurden dann mit Umfragedaten verglichen, die zu Beginn der Eurokrise im Herbst 2010 erhoben wurden. Wie schon vor zwei Jahren hält auch heute die Hälfte der Deutschen Finanzhilfe zur Unterstützung von EU-Ländern in Not generell für richtig, unabhängig davon, um welches Land es sich im Einzelnen handelt. Holger Lengfeld interpretiert diesen Befund als Hinweis darauf, dass die Bereitschaft der Deutschen für Finanzsolidarität trotz Verschärfung der Krise nicht zurückgegangen ist.

Bei der telefonischen Befragung unter 999 Wahlberechtigten in Deutschland wurden auch die grundlegenden Motive der Bürgerinnen und Bürger für die Unterstützung der Finanzhilfe erhoben. Mehr als 80 Prozent der Befragten halten Solidarität für wichtig, weil jedes EU-Land selbst einmal Hilfe nötig haben könnte. Zwei Drittel meinen, dass Hilfe für bedürftige Länder auch Deutschland wirtschaftlich nützen würde. 86 Prozent der Deutschen glauben allerdings nicht, dass die aktuellen Hilfsmaßnahmen zur nachhaltigen Entschuldung der Krisenländer führen, sondern dass die Empfängerländer auch in Zukunft weiter Schulden machen werden.

Ausführliche Informationen zur Studie unter: www.wiso.uni-hamburg.de/makrosoziologie

Für Rückfragen:

Prof. Dr. Holger Lengfeld

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Fachbereich Sozialökonomie

Tel.: 040-428 38-86 59

E-Mail: holger.lengfeld@uni-hamburg.de